Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8880**

16. Wahlperiode 23. 04. 2008

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, Sevim Dağdelen, Cornelia Hirsch, Ulla Jelpke, Jan Korte, Kersten Naumann, Petra Pau, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.

Konzepte der Vermittlung des Wissens zur NS-Zeit überprüfen und den veränderten Bedingungen anpassen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Vermittlung der Erinnerung an den deutschen Faschismus an nachwachsende Generationen steht vor enormen Herausforderungen, auf die auch die Politik reagieren muss. Mit dem langsamen Abtreten der unmittelbaren Erlebnisgeneration entsteht auf der Seite der authentischen Erinnerungstradierung durch die Opfer des Faschismus eine Lücke, auf die es konzeptionell zu reagieren gilt. Gleichzeitig wächst mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum historischen Ereignis die (emotionale) Distanz nachwachsender Generationen, die bald auch nicht mehr durch den persönlichen Einsatz von Zeitzeugen überbrückt werden kann.

Der Bielefelder Jugendforscher Prof. Klaus Hurrelmann hält den Geschichtsunterricht in Deutschland zum Thema Nationalsozialismus für reformbedürftig, da viele Schülerinnen und Schüler auf die Thematisierung dieser Vergangenheit mit Desinteresse und Abwehr reagierten (dpa-Gespräch vom 6. März 2008). Diese Beobachtung deckt sich mit den Ergebnissen zahlreicher Studien zum Thema, die einen weiten Problemaufriss bei der Vermittlung des NS-Themas verdeutlichen. Es entsteht mithin die paradoxe Situation, dass die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus von politischer Seite in symbolischer Art und Weise zur Raison d'être erklärt wird, gleichzeitig jedoch das tatsächliche Wissen über diese Vergangenheit immer mehr in den Hintergrund rückt.

Diese Entwicklung verschärfend kommt hinzu, dass die Ausstattung zahlreicher NS-Gedenkstätten insbesondere im Hinblick auf die pädagogische Betreuung von Besucherinnen und Besuchern nach Auffassung von Vertretern der Gedenkstätten äußerst problematisch ist und der vorhandene Bedarf nach betreuten Führungen nicht abgedeckt werden kann (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. Juli 2007).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den in der Wissenschaft beschriebenen Wechsel in der Erinnerungskultur zur NS-Vergangenheit zum Anlass zu nehmen, gemeinsam mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Pädagogen und Pädagoginnen und den Verantwortlichen aus den NS-Gedenkstätten über neue Konzepte der historisch-kritischen Bildungsarbeit in diesem Bereich zu beraten;

2. das Thema „Vermittlung des Wissens zur NS-Zeit“ zu einem Schwerpunkt in der Bildungsforschung zu machen;
3. in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz einen nationalen Bildungsgipfel zur Frage der zukünftigen Vermittlungsarbeit im Bereich der NS-Erinnerung zu organisieren, um einen Austausch über mögliche Konzepte und Ansätze zu ermöglichen;
4. einen ständigen internationalen Erfahrungsaustausch zum Thema Holocaust-education zu ermöglichen, der insbesondere auch die Fragen der Vermittlung durch Lehrerinnen und Lehrer umfasst;
5. in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz einen ständigen Austausch zu pädagogischen Erfahrungen im Bereich der Holocausteducation auf nationaler Ebene zu organisieren;
6. die im Rahmen des neuen Gedenkstättenkonzeptes der Bundesregierung geplante institutionelle Förderung einzelner NS-Gedenkstätten so auszustatten, dass eine angemessene und am realen Bedarf orientierte pädagogische Betreuung der Besucherinnen und Besucher jederzeit möglich ist;
7. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern dem Deutschen Bundestag bis zum Ende dieser Legislaturperiode Vorschläge für ein Gesamtkonzept der zukünftigen Vermittlungsarbeit der NS-Erinnerung vorzulegen, die dann öffentlich diskutiert werden sollen.

Berlin, den 22. April 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333